

Antwort der Partei DIE LINKE. auf die Wahlprüfsteine der GEW

Kindertagesstätten/Horte:

- **Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Qualität der frühkindlichen und schulbegleitenden Bildungs- und Betreuungsangebote zu verbessern.**

DIE LINKE hat bereits zum Beginn der 7. Wahlperiode eine umfangreiche Änderung des Kinderförderungsgesetzes erarbeitet. Damit wollen wir zunächst das Finanzierungssystem vom Kopf auf die Füße stellen und die fragwürdigen Kind-Pauschalen ablösen. Die Finanzierung soll sich an den tatsächlichen Personalkosten orientieren, die sich am Ende Land und Landkreise teilen. Das gemeindliche Defizit wollen wir entsprechend auflösen und die Elternbeiträge schrittweise abschaffen. Darüber hinaus planen wir eine schrittweise Verbesserung der realen Betreuungsschlüssel durch neue Zeitkontingente für Urlaubs- und Krankheitsvertretungen und eine deutliche Verbesserung der Bildungsqualität durch die Gewährung von Vor- und Nachbereitungszeiten.

- **Welche weiteren Maßnahmen sind ihrerseits geplant, um Kinder mit besonderem Förderbedarf, arme bzw. von Armut bedrohte Kinder sowie Kinder mit Fluchterfahrungen und deren Eltern im Rahmen der Kindertagesbetreuung zu fördern und zu unterstützen.**

Eine Verbesserung der Personalschlüssel kommt grundsätzlich allen Kindern zugute, besonders aber jenen mit besonderem Förderbedarf. Wir wollen zusätzlich pädagogische Fachkräfte einsetzen für Sprachförderung und für die Förderung von Kindern mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten sowie für die notwendige Begleitung und Unterstützung von Kindern und Familien in besonderen Lebenslagen und von Kindern mit Migrationshintergrund. Für den Einsatz von zusätzlichem Personal zum Ausbau der Sozialarbeit in Kitas in besonderen Brennpunkten setzen wir uns dafür ein, Schnittstellenprobleme zwischen Eingliederungshilfe und Jugendhilfe abzubauen.

Allgemeinbildende und Berufsbildende Schulen

- **Die aktuelle Unterrichtsversorgung liegt derzeit bei etwa 95 Prozent. Aus Sicht der GEW ist eine Rückkehr zum vollständigen Unterrichtsangebot und eine Unterrichtsversorgung von 105% notwendig. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Unterrichtsversorgung kurzfristig zu verbessern?**

Fast zwanzig Jahre lang haben es Landesregierungen zugelassen, dass viel zu wenige Lehrkräfte ausgebildet wurden, die jetzt an allen Schulen fehlen. Es wird deutlich mehr pädagogisches Personal benötigt, um die Bedingungen für Lehrer*innen und Schüler*innen zu verbessern. Um erfolgreich zu lernen, sind mehr Zeit und kleinere Lerngruppen erforderlich.

Als Ziel für eine ausreichende Personalausstattung macht sich Die LINKE die Forderungen des Volksbegehrens „Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!“ zu eigen und wird dafür streiten, die dort geforderten Personalschlüssel im Schulgesetz zu verankern. Unser Ziel ist es, den aktuellen Personalbestand um mindestens 2.000 Lehrkräfte, 400 pädagogische Mitarbeiter*innen und 600 Schulsozialarbeiter*innen zu erweitern

Aufgrund des altersbedingten Ausscheidens von Lehrkräften, wird es in den kommenden Jahren notwendig werden jährlich bis zu 1.500 Lehrkräfte für den Schuldienst in Sachsen-Anhalt neu zu gewinnen. DIE LINKE strebt deshalb mit beiden Universitäten des Landes Ergänzungszielvereinbarungen an, um die Lehrerausbildung von derzeit 1.000 auf 1.500 Erstsemesterplätze auszubauen, die tatsächlichen Studiendauern zu verkürzen und mehr erfolgreiche Abschlüsse zu ermöglichen.

Wir wollen zu jeder Zeit Einstellungen ermöglichen und auch die Rückkehr aus anderen Bundesländern fördern. Durch schnelle Entscheidungen vor Ort wollen wir die Einstellungsverfahren verkürzen und den Schulen mehr Verantwortung und Einfluss einräumen. Durch frühzeitige Einstellungszusagen sollen Gemeinden und Landkreise motiviert werden, für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gute Bedingungen für sie und ihre Familien zu schaffen und sie so an die Region zu binden. Die Universitäten und die Seminare für Lehrämter sollen die Kommunen dabei durch Kooperationen unterstützen.

Darüber hinaus wird der Schuldienst des Landes noch über lange Zeit auf viele Seiteneinsteiger*innen angewiesen sein. DIE LINKE wird dafür Sorge tragen, dass diese Lehrkräfte berufsbegleitend eine vollwertige pädagogische Ausbildung erhalten, unabhängig von der Zahl der Unterrichtsfächer.

Um die regionalen Kenntnisse für einen effizienten Einsatz der Lehrkräfte zu nutzen und die Verantwortung der Kommunen als Schulträger zu stärken, werden wir für Gemeinden und Landkreise durch Modellversuche die Möglichkeit eröffnen, im Rahmen vorgegebener Stellenkontingente den Lehrkräftebedarf für ihre Schulen selbst zu planen.

- **Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Lehrkräfte von organisatorischen Aufgaben zu entlasten?**

Unterstützung und Entlastung der Lehrkräfte müssen insgesamt verbessert werden, nicht nur bei den organisatorischen Aufgaben. Grundlage für die Qualitätsverbesserung in der Schule und die Entlastung der Lehrkräfte ist die Bildung multiprofessioneller Teams bestehend aus pädagogischen Mitarbeiter*innen, Schulsozialarbeiter*innen, IT-Fachleuten, Verwaltungsleiter*innen und Gesundheitspersonal. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in allen Schulen und entsprechend des jeweiligen Bedarfs dauerhaft passende Teams zum Einsatz kommen.

- **Was werden Sie tun, um den digitalen Unterricht an den Schulen auszubauen? Mit welcher Unterstützung können die Beschäftigten in den Schulen rechnen?**

Deutschland ist ein Entwicklungsland in Sachen digitalen Lernens. Um digitale Lernformen künftig für alle nutzbar zu machen, müssen die Schulen schneller Glasfaseranschlüsse für leistungsfähiges Internet erhalten. DIE LINKE will außerdem sicherstellen, dass jede/r Schüler*in über ein internetfähiges Gerät und einen Internetzugang verfügt. Für die Verbesserung des Bildungserfolgs gilt es neben der technischen Ausstattung aber auch, sich mit gesellschaftlichen Grundfragen der Digitalisierung auseinanderzusetzen, die kompetente Nutzung moderner Medien für die Gestaltung von Lernprozessen durch Lehrer*innen und die digitale Mündigkeit der Schüler*innen zu entwickeln sowie einen effektiven Datenschutz zu gewährleisten.

Um das vorhandene Potenzial digitalen Unterrichts auszuschöpfen, müssen neue Medien sinnvoll in den Unterricht integriert werden und nicht nur als Ersatz für traditionelle Medien genutzt werden. Systematische Lehrerweiterbildung ist notwendig, denn ein sinnvoller und erfolgreicher digitaler Unterricht hängt in erster Linie von der Professionalisierung der Lehrer*innen auf diesem Gebiet ab. Darüber hinaus brauchen die Schulen IT-Systeme, die die Arbeit mit frei zugänglichen Bildungsmaterialien uneingeschränkt ermöglichen.

- **Welche Konzepte zum Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen verfolgen Sie?**

Für die ganztägige Bildung und Erziehung im Primarbereich sollen die Horte mit ihren spezifischen Angeboten einen größeren Beitrag leisten, Freiräume für Kreativität und Gemeinschaftsarbeit schaffen sowie Raum für Sport, Erholung und Besinnung bieten. Die notwendige enge Kooperation von Grundschulen und Horten soll durch die Verankerung der Horte im Schulgesetz gewährleistet werden, wobei die bisherige Trägervielfalt erhalten bleiben soll.

- **Schulen müssen immer stärker auch sozialpädagogische Aufgaben wahrnehmen. Deshalb ist es notwendig, Schulsozialarbeit an allen Schulen zu etablieren. Unterstützen Sie diese Forderung und wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen?**

Lehrkräfte sind Fachleute für das Lernen im Unterricht und benötigen für die vielfältigen Aufgaben im Schulalltag die Unterstützung anderer pädagogischer Professionen. Die LINKE wird die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Schulsozialarbeiter*innen in allen Schulen und entsprechend des jeweiligen Bedarfs dauerhaft und unabhängig von EU-Förderprogrammen zum Einsatz kommen. Dafür soll die Zahl der in den Schulen eingesetzten Schulsozialarbeiter*innen um ca. 600 auf bis zu 1.000 erhöht werden. Die Schulsozialarbeit soll weiterhin in Kooperation mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt und durch die etablierten Netzwerke koordiniert und unterstützt werden.

- **Die GEW fordert seit langem, die Vergütung/Besoldung der Grundschullehrkräfte an das Niveau der Lehrkräfte an den anderen Schulformen anzupassen (A 13/E 13) – wie es in vielen Bundesländern bereits Realität ist. Werden Sie eine Vergütungs- bzw. Besoldungsangleichung der Grundschullehrkräfte umsetzen?**

Die gerechte Eingruppierung aller Lehrkräfte und gute Arbeitsbedingungen sind wichtige Voraussetzungen, damit Sachsen-Anhalt konkurrenzfähig bleibt und erfolgreich Lehrkräfte ausbilden und einstellen kann. Wir werden die Vergütung der Grundschullehrkräfte auf das Niveau der anderen Lehrkräfte in die A13/E13 anheben.

- **Zur Deckung des Lehrkräftebedarfs ist der Seiteneinstieg eine sinnvolle Ergänzung zur Personalgewinnung. Zur Qualitätssicherung des Unterrichts und zur gerechten Bezahlung fordert die GEW für alle Seiteneinsteiger*innen die Möglichkeit der Weiterqualifizierung zur voll ausgebildeten Lehrkraft. Unterstützen Sie diese Forderung und wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen?**

DIE LINKE wird dafür Sorge tragen, dass Seiteneinsteiger*innen uneingeschränkt eine vollwertige pädagogische Ausbildung erhalten, unabhängig von der Zahl der Unterrichtsfächer. Auch wer sich ohne zusätzliche Ausbildung im Unterrichtseinsatz über längere Zeit bewährt, soll eine Laufbahnbefähigung erhalten und somit auf Dauer nicht schlechter bezahlt werden als Kolleg*innen mit grundständiger Lehrerausbildung.

Hochschule und Forschung:

- **In Sachsen-Anhalt studieren nach aktuellen Zahlen über 54.000 junge Menschen, das Land finanziert bisher aber nur etwa 32.000 Studienplätze. Berichte von übervollen Hörsälen, zu geringen Laborkapazitäten oder verschobenen Prüfungen sind keine Seltenheit, zuletzt hat die Corona-Pandemie erhebliche Zusatzkosten an den Hochschulen verursacht. Wie kann die Diskrepanz zwischen realen und ausfinanzierten Studienplätzen überwunden werden? Wie steht Ihre Partei zu einem bedarfsgerechten Aufwuchs der Hochschul-Budgets?**

Die Hochschul-Budgets müssen so bemessen werden, dass die Hochschulen die Aufgaben, die ihnen das Land zuschreibt, auch erfüllen können. DIE LINKE fordert schon seit Jahren einen Aufwuchs in der Grundfinanzierung der Hochschulen und sieht in ihnen Magneten für junge Menschen und Motoren wirtschaftlicher Entwicklung u.a. durch innovative Ausgründungen. Die Hochschulen sollen eine Grundfinanzierung erhalten, die auskömmlich und dauerhaft gesichert ist und durch die der bisher ständig wachsenden Anteil von befristeten Projektfinanzierungen zurückdrängt wird.

Darüber hinaus ist den Hochschulen ein jährlicher Inflationsausgleich und ein Ausgleich der Tarifierhöhungen in Höhe von 3% zu gewähren; bei sinkenden Studierendenzahlen werden wir freie Ressourcen in die Qualität der Hochschulen investieren. Den von den Hochschulen geforderten Corona- Solidarbeitrag werden wir den Hochschulen wieder zur Verfügung stellen.

Auch der Bund soll sich stärker im Bereich der Finanzierung von Hochschule engagieren; bestehende Programme sollen fortgeschrieben werden. Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken muss seriös kofinanziert werden. Mittel des Bundes müssen den Hochschulen in vollem Umfang zusätzlich zugutekommen.

Darüber hinaus muss die Anzahl der Studierenden im Land auch beim Hochschulbau berücksichtigt werden. U.a. werden wir den „Flaschenhals“ bei den Laborplätzen durch die schnellere Sanierung bestehender und die Schaffung zusätzlicher Labore schrittweise bedarfsgerecht erweitern.

- **An unseren Hochschulen arbeiten viele Menschen mit höchster Qualifikation, unterhalb der Professur wird das Gros der Stellen aber nach wie vor nur befristet und zu großen Teilen mit Teilzeitstellen vergeben. Wie sollte Ihrer Meinung nach das Verhältnis von befristeten und unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen aussehen?**

Arbeiten, die dauerhaft anfallen, müssen wieder stärker durch unbefristet angestellte Mitarbeiter*innen erledigt werden. Hier gilt: Dauerstellen für Daueraufgaben. Auch im

wissenschaftlichen Mittelbau wollen wir den Anteil an unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen erhöhen, um hier Karriereperspektiven zu schaffen. Lehraufträge sollen in der gleichen Höhe entlohnt werden wie reguläre Stellen. Lehraufträge sollen nur da vergeben werden, wo sie ein zusätzliches Lehrangebot darstellen oder für künstlerisches Personal.

- **Welche Pläne haben Sie, die Hochschulen als attraktive Arbeitsräume zu stärken?**

DIE LINKE will einen Kodex für gute Beschäftigung im Landeshochschulgesetz. Die Hochschulen, das zuständige Ministerium und der Hauptpersonalrat sollen danach einen Rahmen für gute Beschäftigungsbedingungen vereinbaren.

Darüber hinaus sollen die Forderungen nach guter Arbeit in der Wissenschaft, und fairen Karrierechancen durch Tenure-Track-Verfahren erfüllt werden; für den Wissenschaftlichen Mittelbau sollen sich dauerhafte Arbeitsperspektiven ergeben. Befristungen ohne Sachgrund, Teilzeitbeschäftigungen (die nicht auf Wunsch des/der Beschäftigten bestehen) und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse sollen zurückdrängt werden. Dual-Career-Modelle und die Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Tätigkeit und Familie werden wir weiter fördern und stärken. Das Gleiche gilt für die Barrierefreiheit in Bezug auf Menschen mit Behinderung.

- **Welche Ideen haben Sie, um den Hochschul-Standort Sachsen-Anhalt insgesamt zu stärken und eine hohe Qualität von Studium und Forschung in Zukunft zu gewährleisten?**

DIE LINKE verteidigt die Einheit von Forschung und Lehre. Exzellente Forschung darf nicht dazu führen, dass die Hochschullehre zum unliebsamen Anhängsel wird. Das Rennen um Exzellenzprojekte lehnen wir ab. Sofern es doch eine erneute Bewerbung um Exzellenzmittel geben soll, bedarf es aber zusätzlicher finanzieller Mittel für die Hochschulen.

Die hochschuldidaktischen Fortbildungsangebote an den Hochschulen müssen ausgeweitet werden. Wir werden die Hochschulen in die Lage versetzen, Lehrveranstaltungen nicht nur einmal im Jahr, sondern in jedem Semester anbieten zu können. Außerdem müssen die Ressourcen der Hochschulen so bemessen werden, dass alle Absolventen eines Bachelor-Studiums in Sachsen-Anhalt auch ein Anrecht auf einen Master-Studienplatz im Land haben.

Nicht zuletzt in der Pandemie hat sich gezeigt, welche Defizite es noch bei der Digitalisierung gibt. Wir wollen die digitale Infrastruktur auch an den Hochschulen weiter ausbauen.

Die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen des Landes kommt bei der Bewältigung des Strukturwandels und von Krisensituationen (wie z.B. der Corona-Pandemie und der Klimakrise) eine zentrale Rolle zu. Grundlagenforschung und Anwendungsorientierung müssen deshalb in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Zur Förderung des Wissenschaftsstandorts gehört auch die Unterstützung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der Leopoldina und der Global Young Academy.

Absolvent*innen der Hochschulen des Landes müssen in die Lage versetzt werden, ihre Ideen und Projekte hier im Land umzusetzen (z.B. über Firmengründungen in den Technologie- und Gründerzentren des Landes). So werden junge Menschen im Land gehalten und es entstehen Arbeitsplätze.

Der Hochschulbau darf sich nicht länger an veralteten Raumvorgaben orientieren, sondern muss moderne Hochschuldidaktik berücksichtigen. Dazu gehören Arbeitsplätze und Lernräume für die Studierenden und Rückzugsräume. Insgesamt muss bei Hochschulbauten großzügiger geplant werden.

- **Welche Ideen werden Sie umsetzen, um langfristig eine ausreichende Lehrkräfte-Ausbildung in Sachsen-Anhalt zu garantieren?**

Die Ausbildungskapazität der beiden Universitäten ist schon seit mehr als einem Jahrzehnt deutlich zu gering, um dem fortschreitenden Lehrkräftemangel begegnen zu können. Die beiden Universitäten müssen finanziell und räumlich in die Lage versetzt werden, mindestens 1.500 Erstsemesterplätze im Lehramtsstudium anzubieten. Dafür muss die Lehramtsausbildung auch in Magdeburg wieder stärker ausgebaut werden. Außerdem ist eine stärkere Lenkung der Studienbewerber*innen nach dem Fächerbedarf unerlässlich.

Im Studium müssen wieder Pädagogik und Didaktik im Mittelpunkt stehen, dafür müssen die Fachdidaktiken und die fachdidaktische Forschung gestärkt werden. Die Vermittlung von fachwissenschaftlicher Kompetenz soll in eigens für das Lehramtsstudium konzipierten Lehrveranstaltungen erfolgen. Inklusions- und Medienpädagogik sollen selbstverständlicher Teil eines jeden Lehramtsstudiums werden.

Lehramtsstudierenden sollen schon im Studium verbindliche Perspektiven für den Abschluss der Ausbildung in den Seminaren für Lehrämter und für den späteren Einsatz im Schuldienst des Landes vermittelt werden. Um dabei die Studierenden auch für einen Einsatz außerhalb der großen Städte zu interessieren, sollen Schulpraktika im ganzen Land erfolgen. Die dabei entstehenden Kosten sollen den Studierenden ersetzt werden. Durch frühzeitige Einstellungszusagen sollen Gemeinden und Landkreise motiviert werden, für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gute Bedingungen für sie und ihre Familien zu schaffen und sie so an die Region zu binden. Die Universitäten und die Seminare für Lehrämter sollen die Kommunen dabei durch Kooperationen unterstützen.

- **Wie stehen Sie zu der Forderung der GEW ein einheitliches Lehramt für die Sekundarstufe auszubilden und das hohe Gut der universitären Ausbildung für alle Lehrämter mit 300 ECTS weiterzuentwickeln?**

DIE LINKE strebt ein gemeinsames Lehramt für die Sekundarstufe I und II an. Die bisherige Ausbildung in zwei konkurrierenden Lehrämtern, die auf das gleiche Schulalter ausgerichtet sind, stößt wegen der fehlenden Bewerber*innen im Lehramt an Sekundarschulen an Grenzen, die die künftige Unterrichtsversorgung an Sekundar- und Gemeinschaftsschulen grundsätzlich infrage stellen. Die Trennung in zwei Lehrämter ist in beiden Phasen der Lehramtsausbildung in hohem Maße ineffizient.

DIE LINKE strebt insgesamt eine Reduzierung auf drei Lehramtslaufbahnen mit jeweils 300 ECTS-Punkten an. Mit der damit verbundenen Erweiterung der Studiendauer soll die Voraussetzung dafür geschaffen werden, die sonderpädagogische Ausbildung in das Lehramt für die Primarstufe zu integrieren. Im Lehramt für die Sekundarstufe I und II sollen sonderpädagogische Fachrichtungen einem Fach entsprechen. Jeglichen Plänen für die Neugründung einer Pädagogischen Hochschule erteilen wir eine Absage.

- **Wie kann aus Ihrer Sicht zukünftig Gleichstellung, Diversität und Chancengerechtigkeit auf allen Hochschulebenen bzw. bei allen Statusgruppen nachhaltig gestärkt werden?**
- **Welche zusätzlichen Ressourcen und Bausteine sollten dafür in den Hochschulstrukturen verankert werden?**

Die Hochschulen des Landes müssen diverser werden, um die Gesellschaft besser abzubilden. Wichtig ist, dass jeder nach seinen Bedürfnissen Unterstützung in Studium und wissenschaftlichem Karriereweg erhält und die berechtigten Forderungen auch in die Öffentlichkeit gebracht werden. Die Gleichstellungsbeauftragten und die Schwerbehindertenvertretung sollen in allen Kollegialorganen mit Sitz und Stimme vertreten sein. Darüber hinaus sollen die Interessenvertretungen angemessen finanziell und personell ausgestattet werden.

Das Leben mit Kindern oder die Verantwortung für familiäre Aufgaben darf kein Hinderungsgrund für ein erfolgreiches Studium oder eine wissenschaftliche Karriere sein; nicht für Frauen und nicht für Männer.

Eine Behinderung oder eine chronische Erkrankung ist immer noch viel zu häufig der Grund dafür, dass ein Studium aufgegeben oder eine wissenschaftliche Karriere nicht in Angriff genommen wird. Wir wollen das Prinzip der Barrierefreiheit an den Hochschulen vom Hochschulbau bis zur Planung von Lehrveranstaltungen durchsetzen. Im Hochschulgesetz wollen wir ein Recht auf die Gewährung von Nachteilsausgleichen festschreiben. Die Arbeitsplätze an den Hochschulen sowie Lehrgebäude und Bibliotheken sollen die für einen barrierefreien Zugang nötige technische Ausstattung erhalten.

Geflüchteten soll der Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährt werden. Wir unterstützen daher Initiativen der Hochschulen, statt der formalen Nachweise der Studierfähigkeit Geflüchteten durch Prüfungen den Hochschulzugang zu ermöglichen. Das Landesstudienkolleg mit seinen Standorten in Halle und Köthen muss erhalten bleiben. Perspektivisch wollen wir über zusätzliche Standorte in Sachsen-Anhalt nachdenken. Den Wildwuchs bei den privaten Studienkollegs und die damit einhergehende Entwertung staatlicher Zertifikate werden wir regulieren.

An den Hochschulen muss die Durchlässigkeit der Karrierewege für Frauen erhöht werden. Zu viele Frauen verlassen zwischen den einzelnen Karrierestufen den Wissenschaftsbetrieb. Dafür muss der Frauenanteil an den Berufungen erhöht werden. In den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen sollen dazu verbindliche Quoten im Sinne eines »Kaskaden-Modells plus« vereinbart werden. Danach ergeben sich die Ziele für den Frauenanteil einer jeden wissenschaftlichen Karrierestufe durch eine Steigerung des tatsächlichen Anteils der Frauen auf der direkt darunter liegenden Qualifizierungsstufe. Die Berufungsgremien sollen mindestens zu 50 Prozent mit Frauen besetzt werden.